

Antrag 11/I/2026

Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Überweisen an: Landtagsfraktion (Konsens)

Mietwagenfirmen konsequent kontrollieren – Taxiunternehmen schützen und Recht durchsetzen

1 Die SPD Brandenburg fordert
2 die Brandenburger Landes-
3 regierung auf, die Landkreise
4 verbindlich anzuweisen, Miet-
5 wagenunternehmen nach § 49
6 Personenbeförderungsgesetz
7 (PBefG) mit der gleichen Kon-
8 sequenz und Kontrollichte zu
9 überwachen, wie sie derzeit im
10 Land Berlin erfolgt.

11 Insbesondere ist die Einhaltung
12 der gesetzlichen Rückkehrpflicht
13 systematisch zu kontrollieren
14 und durchzusetzen. Dabei soll
15 eine enge Zusammenarbeit
16 mit den zuständigen Berliner
17 Behörden erfolgen. Der Ein-
18 satz digitaler und KI-gestützter
19 Kontrollinstrumente zur effizi-
20 enteren Überwachung ist dabei
21 ausdrücklich zu prüfen.

22

23 Begründung

24 Das Taxigewerbe ist ein un-
25 verzichtbarer Bestandteil der
26 öffentlichen Daseinsvorsorge

rechtliche Klärung erforderlich,
auch Zusammenarbeit mit Berlin

27 – gerade im ländlichen Raum
28 Brandenburgs. Taxiunterneh-
29 men arbeiten unter strengen
30 gesetzlichen Vorgaben: Tarif-
31 pflicht, Betriebspflicht, Beförde-
32 rungspflicht und umfassende
33 Kontrollmechanismen sichern
34 faire Arbeitsbedingungen, Ver-
35 braucherschutz und verlässliche
36 Mobilität.

37 Demgegenüber ist seit Jahren zu
38 beobachten, dass Mietwagenfir-
39 men gezielt Schlupflöcher nut-
40 zen, um diese Regeln zu umge-
41 hen. Insbesondere durch sehr re-
42 striktive Kontrollen im Land Ber-
43 lin verlagern zahlreiche Unter-
44 nehmen ihren Betriebssitz formal
45 in brandenburgische Landkreise
46 – während sie faktisch weiterhin
47 überwiegend im Berliner Stadtge-
48 biet tätig sind.

49 Diese Praxis führt zu:

- 50 • massiven Wettbewerbsver-
51 zerrungen zulasten der Ta-
52 xiunternehmen,
- 53 • systematischer Missach-
54 tung der Rückkehrpflicht,
- 55 • Lohndumping und prekäre
56 Arbeitsbedingungen,
- 57 • sowie einem schleichen-
58 den Abbau regulierter
59 Mobilitätsangebote.

60 Ein Rechtsstaat darf nicht hin-

61 nehmen, dass geltendes Recht
62 je nach Landkreis faktisch au-
63 ßer Kraft gesetzt wird. Wer sich
64 an Regeln hält, darf nicht der
65 Dumme sein. Es ist nicht ak-
66 zeptabel, dass Brandenburg zum
67 Ausweichraum für Unternehmen
68 wird, die sich der Kontrolle entzie-
69 hen wollen.

70 Die konsequente Überwachung
71 der Rückkehrpflicht ist dabei zen-
72 tral. Sie ist kein bürokratisches
73 Detail, sondern das Kerninstru-
74 ment zur Abgrenzung von Taxi-
75 und Mietwagenverkehr und da-
76 mit zur Sicherung fairen Wettbe-
77 werbs.

78 Durch eine länderübergreifende
79 Kooperation mit Berlin sowie den
80 gezielten Einsatz moderner digi-
81 taler und KI-gestützter Kontroll-
82 systeme kann die Einhaltung der
83 gesetzlichen Vorgaben effizient,
84 rechtssicher und personalentlas-
85 tend überwacht werden.

86 Als SPD Brandenburg stehen wir
87 für:

- 88 • fairen Wettbewerb statt
- 89 Wildwest-Markt,
- 90 • gute Arbeit statt Lohndum-
- 91 ping,
- 92 • und eine Mobilitätspolitik,
- 93 die Regeln durchsetzt statt
- 94 wegzuschauen.

95 Taxiunternehmen müssen ge-
96 stärkt werden – nicht durch
97 Sonntagsreden, sondern durch
98 konsequente Kontrolle und
99 Durchsetzung geltenden Rechts.